

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Stephan Brandner, Jürgen Braun, Siegbert Droese, Thomas Ehrhorn, Dr. Michael Ependiller, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Dr. Anton Friesen, Dr. Götz Frömming, Wilhelm von Gottberg, Kay Gottschalk, Armin-Paulus Hampel, Mariana Iris Harder-Kühnel, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Martin Hohmann, Johannes Huber, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Steffen Kotré, Rüdiger Lucassen, Frank Magnitz, Jens Maier, Dr. Lothar Maier, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Gerold Otten, Jürgen Pohl, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Martinichert, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Widerstandsfähigkeit von Entwicklungsstaaten stärken – Klimaschutz aus der Entwicklungspolitik streichen und Kunstbegriff Klimaflüchtling überwinden

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die globale durch Naturkatastrophen bedingte Mortalität ist seit 1931 um 99,7 Prozent auf ein Rekordtief gefallen. Dieser Sieg der Menschheit über die Gefahren mannigfaltiger Naturkatastrophen, schwieriger Witterungsbedingungen und klimatischer Veränderungen, mit denen sich der Mensch seit seiner Entstehung konfrontiert sieht, ist zurückzuführen auf die enorme wirtschaftliche, technologische und medizinische Entwicklung seit Beginn der Industrialisierung. Entwicklung und Anpassung sind die wirksamsten Schutzmechanismen menschlicher Gesellschaften gegen natürliche und anthropogen (mit)verursachte Umweltveränderungen.
 2. Plötzliche Naturkatastrophen führen häufig zu lokal und zeitlich begrenzter (Binnen-)Flucht. Langfristige Umweltveränderungen beeinflussen Migrationsentscheidungen der Menschen vor Ort gegenüber anderen Faktoren wie dem Fehlen wirtschaftlicher Perspektiven und der Dysfunktionalität staatlicher Strukturen jedoch in einem geringeren Umfang. Es gibt keinerlei wissenschaftliche Evidenz dafür, dass klimatische Veränderungen ursächlich für Massenmigration oder gar Massenflucht wären. Dementsprechend handelt es sich bei den Wörtern „Klimaflucht“ und „Klimaflüchtlinge“ lediglich um politische Schlagworte, die nicht geeignet sind, reale entwicklungspolitische Probleme zu adressieren.

3. Häufig sind in Entwicklungsländern für auftretende negative Umweltfolgen lokale menschliche Eingriffe wie Rodung, Überweidung und Verschmutzung durch Abfälle verantwortlich. Hauptsächlich für solche negativen Umweltfolgen ist starkes Bevölkerungswachstum. Starkes Bevölkerungswachstum führt zu einem enormen Anstieg des lokalen Ressourcenverbrauchs. Außerdem korreliert starkes Bevölkerungswachstum respektive eine hohe Fertilitätsrate mit schwacher Entwicklung – und folglich mit mangelnder Effizienz und Produktivität.
 4. Da der Mensch nicht in der Lage ist, Klimabedingungen gezielt zu steuern, und weil die aufzubringenden Kosten und Opfer, die nötig wären, um die Herstellung von sogenannter „Klimaneutralität“ zu versuchen, äußerst hoch sind, kann es nur sinnvoll sein, in Maßnahmen der Anpassung an Klima- und Umweltveränderungen zu investieren. Für die Maßnahmen der Anpassung an Klima- und Umweltveränderungen sind die betroffenen Staaten und Gesellschaften in erster Linie selbst verantwortlich. Vor diesem Hintergrund existiert keine etwaige „Klimaschuld“ der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern, die die Umverteilung des Wohlstandes aus dem globalen Norden in den globalen Süden beispielsweise im Rahmen der Resolution der Vereinten Nationen 70/1 („Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“) oder des auf der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen beruhenden Übereinkommens von Paris rechtfertigen würde.
 5. Den Entwicklungs- und Schwellenländern darf durch die Industriestaaten nicht verwehrt oder verunmöglicht werden, ihre weitere Entwicklung und fortschreitende Industrialisierung auch unter Zuhilfenahme fossiler Energieträger zu vollziehen. Vor diesem Hintergrund ist zu kritisieren, dass die deutsche Entwicklungsbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, sowie die Entwicklungsbank der Europäischen Union, die Europäische Investitionsbank, keine Projekte für fossile Energieträger (mehr) fördern.
 6. Die beste Entwicklungspolitik ist die marktnahe wirtschaftliche Zusammenarbeit mit strategischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Partnern.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,
1. dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung die Haushaltsmittel im Bereich Klimaschutz im Einzelplan 23 Kapitel 2310 Titel 687 01 und Kapitel 2303 Titel 89609 zu streichen,
 2. aus der internationalen Klimafinanzierung auszusteigen, das Übereinkommen von Paris aufzukündigen und die Agenda 2030 abzuwickeln,
 3. die Technische und Finanzielle Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene nicht auf mit Klimaschutz assoziierte Projekte zu verengen, sondern auch Projekte, die fossile Energieträger fördern, für grundsätzlich förderfähig zu erachten und auch auf eine entsprechende Handhabung auf multilateraler Ebene, insbesondere durch die Europäische Union, hinzuwirken,
 4. das ungebremsste Bevölkerungswachstum in vielen Entwicklungsländern und die Dysfunktionalität zahlreicher ihrer Regierungen als primäre Entwicklungshemmnisse zu benennen.

Berlin, den 17. Januar 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

I. Wirtschaftliche Entwicklung macht Menschen weniger vulnerabel gegen Naturkatastrophen und klimatische Veränderungen

Im Vergleich zu 1931 ist die Zahl der durch Naturkatastrophen bedingten Todesfälle von 3,7 Millionen Menschen im Jahr 1931 auf 11.000 Menschen im Jahr 2018 um 99,7 Prozent gefallen.¹ Dabei bleibt bei diesem Wert noch der deutliche Anstieg der Weltbevölkerung unberücksichtigt. Besonders eindrucksvoll ist daher die Entwicklung der Todesrate bei Betrachtung der Durchschnittsmortalität pro Jahrzehnt und pro 100.000 Menschen.² In den 1930er Jahren starben pro 100.000 Menschen durchschnittlich 21,38 Personen aufgrund von Naturkatastrophen, in den 2010er Jahren waren es 0,96 Personen.³ Während in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor allem Dürren und Fluten die tödlichsten Naturkatastrophen darstellten, sind es heute Erdbeben und durch Erdbeben verursachte Tsunamis.

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht der Antragssteller bemerkenswert, wenn Forscher sowie politische und mediale Akteure vor dem „planetaren Notfallzustand“⁴ oder dem „Zusammenbrechen der Zivilisation“⁵ warnen respektive den „Klimanotstand“⁶ für Europa ausrufen.

Als bester Schutz gegen Naturkatastrophen und negative Umweltfolgen hat sich die wirtschaftliche, technologische und medizinische Entwicklung seit Beginn der Industrialisierung erwiesen. Auf der anderen Seite bedeutet dies auch, dass Staaten und Gesellschaften, die über einen niedrigen Entwicklungsstand verfügen, besonders vulnerabel gegen Katastrophen jeder Art sind. Da Entwicklung nicht nur die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften deutlich verstärkt, sondern auch zu einer Minderung von starkem Bevölkerungswachstum⁷ und zu einer effizienteren Nutzung von Ressourcen führt, ist es entwicklungs- und umweltpolitisch sogar kontraproduktiv, Staaten die Nutzung fossiler Brennstoffe zu erschweren oder zu verweigern.

II. Der „Klimaflüchtling“ ist ein politisches Kunstprodukt

2014 warnte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller: „Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel nicht erreichen, müssen wir mit 200 Millionen Klimaflüchtlingen rechnen, weil sich beispielsweise in Afrika Dürrezonen ausbreiten und Hitzeperioden ungeahnten Ausmaßes entstehen.“⁸ 2019 prognostizierte Müller: „Wenn die Erderwärmung sich weiter fortsetzt, könnten es nach Einschätzung von Experten in zehn Jahren bereits 100 Millionen [Klimaflüchtlinge, Anmerkung der Antragssteller] sein. Dann wird der Migrationsdruck nach Europa dramatisch steigen.“⁹ Die 200-Millionen-Prognose gilt unter Wissenschaftlern längst nicht mehr als haltbar und als methodisch fragwürdig.¹⁰ Es gibt keinerlei wissenschaftliche Evidenz dafür, dass klimatische Veränderungen hauptsächlich für Massenmigration oder gar Massenflucht wären. Wenngleich wandelnde Umweltbedingungen einen Einfluss etwa auf bewaffnete Konflikte haben, spielen andere Faktoren – allen voran Entwicklungsstand und Regierungsführung – eine deutliche größere Rolle.¹¹

Naturkatastrophen führen durchaus zu Wanderung, jedoch bleibt diese Wanderung im Regelfall regional und zeitlich begrenzt. Der Großteil katastrophenbedingter Migration findet innerhalb der Grenzen eines Staates statt. Beweise dafür, dass Klimawandel oder ein Anstieg des Meeresspiegels direkte Ursache solcher Wanderungen

¹ Ritchie, Hannah und Roser, Max: Natural Disasters, <https://ourworldindata.org/natural-disasters#number-of-deaths-from-natural-disasters>, abgerufen am 02.12.2019.

² <https://ourworldindata.org/uploads/2018/04/Global-annual-death-rate-from-natural-disasters-01.png>, abgerufen am 02.12.2019.

³ <https://ourworldindata.org/ofdacred-international-disaster-data>, abgerufen am 03.12.2019.

⁴ www.focus.de/wissen/klima/erderwaermung-immer-schlimmer-kipppunkte-werden-noch-frueher-erreicht-forscher-warnen-vor-draetischer-erderwaermung_id_11397938.html, abgerufen am 02.12.2019.

⁵ www.vice.com/de/article/597kpd/neuer-klimabericht-unsere-zivilisation-konnte-2050-sehr-wahrscheinlich-zusammenbrechen, abgerufen am 02.12.2019.

⁶ www.welt.de/politik/deutschland/article203879486/Europaparlament-ruft-Klimanotstand-fuer-Europa-aus.html, abgerufen am 02.12.2019.

⁷ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (Hrsg.): Afrikas demografische Herausforderung, Berlin, 2011, Seite 37.

⁸ https://tp-online.de/politik/deutschland/gerd-mueller-warnt-vor-200-millionen-klimafluechtlingen_aid-20257261, abgerufen am 02.12.2019.

⁹ www.rnd.de/politik/entwicklungsminister-mueller-warnt-vor-zunahme-von-klimafluechtlingen-ZBLBTBF7WJDWFJATSPKB5LBRBE.html, abgerufen am 02.12.2019.

¹⁰ Schraven, Benjamin: Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers/282320/der-zusammenhang-zwischen-klimawandel-und-migration>, abgerufen am 02.12.2019.

¹¹ Nature: Climate as a risk factor for armed conflict, <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/31189956>, abgerufen am 02.12.2019.

seien, bleibt die Forschung bisher weitgehend schuldig.¹² Eine ausreichend trennscharfe Unterscheidung zwischen klimawandelbedingten und klimawandelunabhängigen Umweltveränderungen ist darüber hinaus kaum möglich. Grundsätzlich ist ein Wandel klimatischer Verhältnisse immer ein langsamer Prozess, der, anders als ein Erdbeben oder ein Tsunami, keine plötzliche Fluchtbewegung auslöst. Deswegen kennt die Genfer Flüchtlingskonvention „Klimawandel“ auch nicht als Fluchtgrund. Flüchtlinge sind Personen, die vor Verfolgung aufgrund von „Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung“ fliehen.¹³

Dementsprechend handelt es sich bei „Klimaflucht“ und „Klimaflüchtlingen“ lediglich um politische Schlagworte, die nicht geeignet sind, reale entwicklungspolitische Probleme zu adressieren. Alarmistische Zahlenspiele sind ein denkbar schlechtes Fundament für konstruktive Regierungspolitik.

III. „Klima“ ist aus Sicht von Migranten kein Hauptmigrationsgrund

Das UNO-Entwicklungsprogramm hat rund 3.000 Migranten aus 43 afrikanischen Ländern, die illegal in die EU eingewandert sind, umfassend zu ihren Motiven befragt. Die Studie wurde unter dem Titel „Scaling Fences“ veröffentlicht.¹⁴

Zwei Aspekte der Befragungsergebnisse sind besonders prägnant:

1. Die wichtigsten Gründe für die Auswanderung waren bessere Arbeits- sowie Verdienstmöglichkeiten (60 Prozent) und finanzielle Unterstützung der Familie (18 Prozent). Auch wenn sich Migranten in Europa als Billiglöhner verdingen, bedeutet Migration häufig eine finanzielle Verbesserung, die zudem die Unterstützung der Familie ermöglicht.
2. Auf die Frage, was sie von der Auswanderung hätte abhalten können, antworten die befragten Migranten wie folgt: 41 Prozent gaben an, dass sie nichts von dem Versuch hätte abhalten können. 24 Prozent geben bessere finanzielle Bedingungen an und 15 Prozent bessere Regierungsführung und staatliche Fürsorge.

Ein erheblicher Teil der Bevölkerung Afrikas, laut Afrobarometer 37 Prozent, denkt ans Auswandern, zumeist aus wirtschaftlichen Gründen. Viele blicken sehnsuchtsvoll nach Europa. Der Bevölkerungsteil derjenigen Afrikaner, die konkrete Pläne zur Auswanderung haben, beträgt 3 Prozent.

Klimatische und Umweltbedingungen spielen bei der Motivation von afrikanischen Migranten faktisch keine Rolle. Zusammengefasst migrieren die meisten Menschen, weil sie die wirtschaftlichen und beruflichen Möglichkeiten im Zielland für vielversprechender halten als jene im Heimatland. An zweiter Stelle folgen Faktoren, die die Regierungsführung betreffen.

¹² IPCC: Sea Level Change, https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/WG1AR5_Chapter13_FINAL.pdf, abgerufen am 02.12.2019.

¹³ UNHCR: Genfer Flüchtlingskonvention, https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf, abgerufen am 02.12.2019.

¹⁴ www.spiegel.de/politik/ausland/migration-afrikas-beste-kommen-uno-befragung-von-illegalen-einwanderern-a-1292018.html, abgerufen am 02.12.2019.

